Dann wird Jeder erklärt, er sei nun Jude oder Christ, der nicht Eure haßerfüllten, von den gemeinsten Instinkten geleiteten Hetzreden billigt. Und je höher, geachteter und unantastbarer solche Männer in den Augen der Welt dastehen, die Eurem wüsten Treiben die Stirne bieten, desto frecher geifert Eure ohnmächtige Wuth; denn Ihr wißt es sehr gut, daß der bunt zusammengewürfelte Chor Eurer Führer nicht einen Namen aufzuweisen hat, der sich mit den obengenannten in eine Reihe stellen ließe. Wer sind sie, die Männer der Wissenschaft, die Künstler, die Schriftsteller, die geistigen Führer des Volkes, die sich Eurem sauberen Treiben angeschlossen hätten? Ihr habt keinen aufzuweisen. Die Menge, welche Euren Reden zujubelt, ist von Euren Schlagworten bethört, gebeugt den Impulsen der allgemeinen Unzufriedenheit und der schwierigen Erwerbsverhältnisse. In solchen Zeitlagen wird immer der Fanatiker bejubelt, welcher der Menge ein Opfer ausliefert . . .

Heilig ist das Parlament! Mit lautem Bravo habt Ihr das neueste Dogma begrüßt, weil es Euch gerade in den Kram paßt. Und wie habt Ihr selbst diesen Grundsatz hochgehalten in Euren Vereinsversammlungen, in Euren Wahlbesprechungen, in Euren Parlamentsreden? Kein Ausdruck der Geringschätzung ist Euch zu stark, kein hämischer Ausfall zu niedrig, keine Beschuldigung zu albern, wenn es gilt, das Ansehen des Parlaments in den Augen Eurer Anhänger herabzusetzen. In Eurem Lager wurde das Wort Dipauli's: „Jeder Absolutismus ist uns lieber als dieses Parlament“ wiederholt gesprochen. Und wenn ein verwegener Geselle, der gegen den fürsten Ausdruck der Verachtung, durch die erbärmlichste Niedrigkeit der Gesinnung gefeit ist, geschützt durch die Immunität, ehrenhafte Mitbürger als Fälscher, Diebe und Raubmörder bezeichnet, soll die antisemitische Frechheit ungeahndet bleiben, es soll sich nicht eine Stimme in der Oeffentlichkeit erheben, welche sagt: „Kerl, warum liefert du den Raubmörder nicht dem Staatsanwalt aus? Warum verschaffst du der Polizei nicht die Gelegenheit, einen Raubmörder zu entdecken?“ Das Präsidium hat nur allzulang geschwiegen zu diesen schamlosen Verleumdungen und die Mitwelt hat es staunend erlebt, daß der freche Aberwitz nicht sofort energische Abwehr fand. Aber es soll eine „jüdische Frechheit“ sein, den Hüter des parlamentarischen Anstandes zu ersuchen, diesen Anstand künftighin energischer zu wahren, denn „Heilig ist das Parlament“ verkündet Dipauli, und darum muß die Ehre der Mitbürger, Wähler und Steuerzahler vogelfrei bleiben, so lange es einem Schneider und seinem Anhange beliebt, darin in gewohnter Weise zu wüthen.“

Die Minorität von Fall zu Fall.

(180. Sitzung des Abgeordnetenhauses.)

Graf Taaffe hat nun seine — „Minorität von Fall zu Fall“. Heute wurde ihm — zum drittenmale im Laufe einer Woche — wieder klar bewiesen, wohin er steuert, wenn er ohne führende Majorität im Parlamente regieren will. Er hatte zu Beginn der Sitzung eine Interpellation des Abgeordneten Geßmann betreffend die Geschäftsgebahrung bei den Versicherungs-Gesellschaften des „Phönix“, dahin beantwortet, daß die in der Anfrage erhobenen Beschuldigungen unbegründet, und weitere Maßnahmen gegen die erwähnten Gesellschaften ungerechtfertigt seien. Nun behauptet Dr. Geßmann — ob mit Recht oder Unrecht, wissen wir nicht — daß er seine Angaben acten- und ziffermäßig nachzuweisen im Stande ist, und er beantragte die Eröffnung der Debatte über die Antwort des Grafen Taaffe. Die Linke, die deutsche Nationalpartei, die Jungtschechen und Antisemiten stimmten für den Antrag, der wohl ganz wider Vermuthen des Antragstellers eine erhebliche Majorität fand. Dr. Geßmann wird nun Gelegenheit finden, zu zeigen, ob seine Beschuldigungen wirklich begründet sind; die Budgetdebatte verliert aber voraussichtlich wieder einen Sitzungstag.

Heute wurde dieselbe nicht wesentlich gefördert. Man discutirt immer noch über die Centralleitung des Ministeriums des Innern. Der mährische Tscheche Dr. Zacek sprach oder schrie vielmehr über die Verhältnisse in Mähren und versuchte, über die Inhaltlosigkeit seiner Rede durch Aufwand von möglichst viel Lungenkraft und Grobheit hinwegzutäuschen. Herr Kozlowski besprach die sanitären Verhältnisse in Galizien mit Rücksicht auf die heurige Cholera-Epidemie und verlangte, das Reich möge für die Kosten der Assanirung Galiziens aufkommen. Sectionschef v. Erb reflectirte als Regierungsvertreter auf alle bei dem in Verhandlung stehenden Budget-Capitel bisher gehaltenen Reden, soweit sie nicht politischer Natur waren. Er erörterte die gefahrdrohende Zunahme der Maul- und Klauenseuche in Oesterreich und kam dann auch auf die jüngste Cholera-Epidemie zu sprechen, bei welcher Gelegenheit er namentlich den staatlichen und Communalbehörden in Galizien das denkbar günstigste Zeugniß ausstellte. Wahrhaft erschreckende Mittheilungen machte der Regierungsvertreter jedoch über das andauernde Wüthen der Cholera in Rußland, welches die traurige Aussicht als begründet erscheinen lasse, daß wir auch im nächsten Jahre der Kampf gegen diese Gottesgeißel werden fortsetzen müssen.

Die interessanteste Rede des Tages hielt unstreitig Abgeordneter Pernerstorfer, welcher wie alljährlich bei diesem Budgetcapitel seine Klagen gegen die Verwaltung der Wiener Krankenhäuser und gegen die Behandlung der Arbeiter durch die Behörden vorbrachte. Er illustrirte dieselben durch Vorführung einzelner Fälle, die an Drastik nichts zu wünschen übrig lassen und eine Antwort von Seite der Regierungsbank herausforderten. Da Herr Pernerstorfer seine Angriffe direct gegen den Grafen Taaffe als Minister des Innern richtete, wird dem Minister-Präsidenten wohl nichts übrig bleiben, als selbst zu erwidern.

Unmittelbar vor Schluß der Sitzung brachte der Finanzminister das Gesetz betreffend das Budgetprovisorium ein. Die Forterhebung der Steuern und Abgaben wird darin für die ersten drei Monate des Jahres 1893 in Anspruch genommen. Diese Vorlage wird jedenfalls in der nächsten Woche zu einer lebhaften Debatte Anlaß geben. Sollte es bei der Abstimmung über dieselbe wieder zu einer „Minorität von Fall zu Fall“ kommen?

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Abg. Ludwig

klagt über die hohen Beiträge der Industriellen zur staatlichen Unfallversicherung und wünscht eine Revision der Gefahrenclassen. Er bezeichnet es weiter als einen Uebelstand, daß die Krankencassen genöthigt seien, ihre verunglückten Mitglieder vier Wochen lang mit dem Krankengelde zu versehen, und daß die Unfallversicherung erst nach vier Wochen eintrete. Schließlich beantragt er folgende Resolution: „Da die Krankencassen durch die Bestimmung des § 27 des Gesetzes vom 30. März 1888 dauernd gehindert erscheinen, ihre zugewiesenen Leistungen für die versicherten Mitglieder zu erhöhen, ja sogar die Gefahr besteht, daß sie dieselben noch verringern müssen, wird die Regierung aufgefordert, die Bestimmungen dieses Paragraphen dahin zu ändern, daß für die Abgabe an den Reservefonds 10 Percent der Jahres-Einnahme und für die Höhe dieses Fonds die einfache Jahres-Einnahme bestimmt werde, ferner, daß die Unfallversicherung bei Unfällen die ganze Pflicht der Krankenversicherung übernehme.“

Diese Resolution wird unterstützt und dem Budget-Ausschusse zugewiesen.

Abg. Dr. Zacek

polemisirt gegen die letzte Rede des Abgeordneten Dr. Groß. Man muß staunen, daß ein Abgeordneter es wagt, so crasse Unwahrheiten vorzubringen. Dr. Groß klagte über die politische Verwaltung in Mähren und jammerte darüber, daß das Deutschthum zurückgehe und die Regierung die Bestrebungen des böhmischen Volkes bevorzuge. Er sprach von der großen nationalen Bescheidenheit seiner Partei. (Rufe bei den Jungtschechen: O je!) Das Laster der Bescheidenheit sei der deutschen Partei aber überhaupt nicht eigen.

Die Herren spielen sich immer auf die objective Staatspartei hinaus, und bei jeder Gelegenheit hört man aus dem Munde der Chefs, daß sie in nationalen Dingen das größte Wohlwollen beweisen. Wie dieses Wohlwollen aussieht, hat der Abgeordnete Groß verrathen. Es schmerzt ihn, daß das böhmische Volk sich nicht mehr ruhig germanisiren lassen und den Culturdünger für die Deutschen abgeben will.

Der Abgeordnete Groß hat Anschauungen entwickelt, die für einen Lehrer der Volkswirthschaft höchst eigenthümlich seien: Der Arbeiter, welcher sein Brot verdiene, empfange dadurch auch der Hand seines Herrn eine Gnade, für welche er so unendlich dankbar sein müsse, daß er selbst seine Nationalität verleugnen und seine Kinder germanisiren lassen müsse. Derjenige, welcher den Gehalt habe, entscheide über die Nationalität, über die Ueberzeugung und das Gewissen seiner Kinder. (Abg. Dr. Groß: Fällt mir gar nicht ein!) Eine solche Rede und einen solchen Liberalismus müsse man etwas tiefer hängen, damit ihn das ganze Volk habe, welches sich jetzt noch von den liberalen Phrasen blenden lasse, die als Schild ausgehängt werden. (Bravo! Bravo! bei den Jungtschechen.)

Redner bespricht ausführlichst die Mißhandlungen, welche böhmische Ausklägler von den Deutschen in Nebotein zu erdulden hatten, sowie die Verurtheilung der Schuldigen durch deutsche Richter. Wenn sich noch Abgeordnete finden, welche solche Schandthaten im Parlament gutheißen, so sei es allerdings kein Wunder, daß solche Ausschreitungen vorkommen. Der Abgeordnete Groß habe sich auch über Slawisirung von Prosnitz aufgeregt. Thatsächlich seien dort von 4000 Deutschen nur noch 17.000 Tschechen bewohnt. (Hört, hört! bei den Jungtschechen.)

Die Herrschaft der Deutschen sei aber in dieser Stadt förmlich mit Gewaltanwendung erhalten worden. Man brauche nur die Zuckerfabriken und die jüdischen Schnapsboutiken zuzusperren, so sei es mit dem Deutschthum daselbst vorbei. Die Parole evaz k svemu sei zuerst von den Deutschen ausgegeben worden. Als die tschechische Bevölkerung sich an das Beispiel der Deutschen hielt, hätten dies die deutschen Kaufleute erst mit Hohngelächter aufgenommen, um dann nach der Polizei zu rufen. (Heiterkeit bei den Jungtschechen.) Alle Anwendung von Gewalt und Geld werde auf die Dauer nicht im Stande sein, die Herrschaft der Deutschen in Mähren zu erhalten. (Lebhafter Beifall bei den Jungtschechen.)

Abg. Dr. Ritter v. Kozlowski

befürwortet die Codificirung der Seuchengesetzgebung und des Irrenrechtes. Redner beweist ziffernmäßig, daß die Mortalitätsziffer in Oesterreich nach Rußland und Ungarn die höchste in Europa, und die in Galizien die höchste in Oesterreich sei. Nichtsdestoweniger sei der Aufwand für Sanitätszwecke kleiner als in anderen Staaten. Der Schutz der Reichsgrenze sei Reichssache, nicht Landessache. Sehr dankbar ist Redner der Regierung dafür, daß sie in ihrem Erlasse nicht nur die energische Sanitätsverwaltung in Galizien den anderen Ländern als Muster hingestellt, sondern auch ausdrücklich constatirt hat, daß die staatlichen Behörden auf diesem Gebiete von den Factoren der Selbstverwaltung bestens unterstützt worden. Uebrigens, welche aus Anlaß des erwähnten Erlasses über „polnische Wirthschaft“ klagen, wäre es zu empfehlen, lieber von einer „Hamburger Wirthschaft“ zu sprechen. (Beifall.) Zu welchen Anklagen hätte es geführt, wenn alles das, was in Bezug auf Verheimlichung der Seuche, Isolirung der Kranken und hastige Improvisirung der Action in Hamburg geschah worden, nicht in der reichen und mit ausgezeichneten Aerzten ausgestatteten Seestadt, sondern etwa in einem kleinen galizischen Dörfchen zu Tage getreten wäre. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Ausgaben gegen Epidemien, schließt Redner, sind eminent productiven Charakters, und Professor Pettenkofer hat berechnet, daß die Abnahme der Mortalität um 1 per Mille der Wiener Bevölkerung eine Ersparniß von einer Million bringen würde. Infectionskrankheiten raffen mehr Leben und Arbeitskräfte dahin, als alle Kriege. Und wenn Montecuccoli gesagt hat, zum Kriege brauche man Geld, Geld und nochmals Geld, so gelte dies auch von dem der Menschheit weitaus heiligeren Kampfe gegen Epidemien, es bedürfe zu demselben nicht nur der Waffen des Gesetzes, nicht nur der Ordnung und Energie, sondern auch materieller Mittel. Für eine finanzielle Organisation und für die fortwährende Kriegsbereitschaft werde die Zukunft dem Staate dankbar sein. (Beifall bei den Polen.)

Regierungsvertreter Sectionschef Freiherr v. Erb

will auf die Ausführungen der einzelnen Redner in der Debatte, nur so weit es sich nicht um politische Angelegenheiten handle, eingehen. Die politische Verwaltung stehe allen diesen Fragen mit Ruhe und Objectivität gegenüber, und der Regierungsvertreter könne nur noch die erfreuliche Thatsache constatiren, daß die nationalen Zwistigkeiten nicht in allen Ländern mit gemischter Bevölkerung zu Tage treten, sondern daß immer noch eine Anzahl von Ländern von dieser Art Zwistigkeiten befreit sei, so zum Beispiel Dalmatien, Görz und Gradiska, Tirol, Galizien und die Bukowina. In diesen Ländern kommen trotz gemischten Bevölkerung fast gar keine Beschwerden in Bezug auf die Nationalität und Sprache an das Ministerium des Innern.

Maul- und Klauenseuche.

Auf die Rede des Abgeordneten R. v. Brenner übergehend, bemerkt der Regierungsvertreter, daß die vom Abgeordneten Brenner constatirte Thatsache leider vollkommen richtig sei und daß die Maul- und Klauenseuche im Jahre 1892 wieder in sehr hohem Maße aufgetreten sei. Eine so hohe Ziffer wie in diesem Jahre sei überhaupt noch nicht vorgekommen. Vor drei bis vier Wochen seien die verseuchten Höfe auf mehr als 18.000 gestiegen; jetzt sei sie wohl um 4000 zurückgegangen. Die Verbreitung der Seuche sei umso bedauerlicher, als der Anfang des Jahres 1892 gerade auf das Gegentheil hoffen ließ.

Die Cholera.

Zu den Ausführungen des Abgeordneten Dr. R. v. Kozlowski übergehend dankt der Regierungsvertreter dem Abgeordneten Kozlowski für die von ihm ausgesprochenen freundlichen Worte in Bezug auf die Thätigkeit und Wirksamkeit der Administration Galiziens überhaupt und speciell des staatsärztlichen Personals insbesondere. Der Regierungsvertreter müsse dankbarlich betonen, daß anläßlich des Auftretens des Cholera in keinem Lande eine solche Selbstlosigkeit und Bereitwilligkeit zu constatiren sei, wie gerade in Galizien. Das was dort und in der Bukowina erzielt wurde, sei nirgends erzielt worden, wenn auch in anderen Ländern die landesfürstlichen Behörden ihre Schuldigkeit erfüllt haben. Unsere politische Verwaltung und unser ärztlicher Organismus hat sich vorzüglich bewährt. Wir waren in Oesterreich die am meisten Exponirten und hatten trotzdem bis heute im Ganzen nur 193 Erkrankungen aufzuweisen, während in Deutschland, abgesehen von dem außerordentlichen Unglücksfalle in Hamburg, über 2000 Erkrankungen, in Frankreich über 1000 vorkamen. Dieser Erfolg sei dem Umstande zuzuschreiben, daß die Gemeindevorsteher überall rechtzeitig die Anzeige erstatteten und dadurch die Behörden in die Lage setzten, rechtzeitig Gegenmaßregeln zu ergreifen, und daß die Bevölkerung den sanitären Vorschriften der Administration unbedingt Folge leistete. Man kann heute mit Beruhigung sagen, daß die Cholera alle Schrecken verloren hat, vorausgesetzt, daß die Administration zu rechter Zeit eingreift, und hierbei von der Bevölkerung unterstützt wird. Die Abreisefeste hat sich in Hamburg gezeigt, wo man sich überreichen ließ und nichts vorgekehrt hat.

---

sieht er nebenan einen Wald nach Claude Lorrain, einen nach Watteau und einen aus der Schule des Corot. Jeder ist anders. Welcher ist der rechte? So wird er zu Vergleichen und endlich zur Prüfung an der Natur selber geführt und bildet sich, indem er die vielen Verhältnisse der Maler zur Natur erfährt, am Ende sein eigenes. Er lernt, indem er sich unwillkürlich jedes Bild auch in die anderen Manieren und zuletzt in seine besondere Wirklichkeit übersetzt, sehen: das Malerische sehen, den einzelnen Maler sehen und die Natur sehen. Er erfährt, daß der Wald im Bilde anders und anders in der Natur erscheint. Er erfährt, daß er jedem Gesichlecte anders erscheint. Er erfährt, wie er ihm selber erscheint. Er wird sich der fremden Vergangenheit und der eigenen Gegenwart bewußt. Er wird, indem er recht historisch ist, modern.

Und die andere Folge: Die Künstler haben einen verläßlichen Markt. Der junge Maler kann sich sagen: „Da ist ein Stück Natur, das auf mich wirkt. Da sind die Mittel, welche mein Talent braucht. So will ich mit diesen Mitteln diese Natur gestalten. Vielleicht paßt es den Launen des zahlenden Pöbels nicht. Aber wenn es nur, auch gegen die Wünsche der Händler, ein aufrichtiges und künstlerisch tüchtiges Werk ist, wird es ja doch vom Staate gekauft.“ Er kann frei und unbekümmert schaffen.

Das fehlt uns. Es fehlt uns jede Schule des Geschmackes für die Laien, die von selber immer ein Markt für die Künstler werden muß. Es fehlt die Erziehung zur Kunst. Man muß nur in die Provinz gehen und sich so einen Abiturienten ansehen von Linz oder von Marburg! Er hat eine ganze Menge gelernt. Er ist sieben Stunden täglich zwischen den Büchern gehockt, acht lange Jahre. Er kennt die heimlichsten Kniffe jeder Wissenschaft. Er hat auch gelernt, wann Rafael geboren und gestorben ist, ganz genau, und die sämmtlichen Titel seiner Bilder, und weiß aufs Wort, was Herr Gindely von Rubens und Velasquez hält. Aber er hat sein ganzes Leben noch kein rechtes Bild gesehen. Er hat höchstens zur Noth ein bischen gezeichnet, daß er sich vielleicht gewöhnt, Formen zu fassen. Aber nichts hat ihn erzogen, Farben zu schauen. Und dann wundert man sich, wenn er ohne Sinn für die Malerei ist! Dann wundert man sich, wenn er später als Mann einmal vor ein Bild tritt, daß er so lächerlich rathlos gafft und schwätzt, was ihm gerade das letzte Feuilleton seiner Zeitung soufflirt!

Die Wiener haben freilich eine Galerie, eine der schönsten in Europa. Aber erzieblich kann auch sie nicht wirken. Sie gehört dem Kaiser, nicht dem Staate. Sie ist privater, kein öffentlicher Besitz. Darum erwirbt sie nach persönlichen Wünschen, nicht nach künstlerischen Gründen. Es ist viel Glanz und ewige Herrlichkeit in ihr. Aber die Entwicklung der letzten hundert Jahre kann man aus ihr nicht lernen, die heimische nicht und nicht die fremde.

Wir brauchen, um den Malern empfängliche Laien zu erziehen, eine staatliche Galerie der neuen Kunst in Wien, und wir brauchen in allen Provinzen städtische Galerien, welche der Staat von Jahr zu Jahr mit deutlichen und wirksamen Beispielen der neuesten Malerei versorge, daß jede wie ein Archiv der sämmtlichen Wandlungen im Schönen werde. Das würde nicht einmal gar so viel kosten. Man müßte nur freilich sorgen, daß das Geld nicht wieder unkünstlerisch verwendet würde, ganz gegen seine Bestimmung. Nämlich nichts ist komischer, als wenn sich der Staat bei uns einmal entschließt, etwas für die Kunst zu thun. Dann geschieht es regelmäßig, daß er Talent und Bedürftnig verwechselt. Er schreibt Preise aus, aber nicht das beste Bild, sondern der ärmste Künstler erhält sie. Nicht nach dem Werthe der Malerei, sondern nach der Noth des Malers wird entschieden. Nicht wer es verdient, sondern wer es braucht, wird unterstützt. Nicht die Kraft des Pinsels, sondern die Zerrissenheit der Sohlen ist die beste Empfehlung. Wenn einer bei uns einen Preis erhält, darf man nicht etwa meinen: Der muß aber was können! Man darf nur schließen: Dem muß es aber schlecht gehen! Das ist unsere menschenfreundliche, aber sehr kunstfeindliche Gewohnheit . . .

Ich verlange vom Staate gar nicht, daß er die Künstler fördere, weil er leicht mehr verderben als nützen kann. Ich verlange nur, daß er die Bildung der Laien fördere. Er sorge nur, daß das Volk sehen lerne. Er weise den Sinn für die Form und die Farbe. Er lehre es die Sprache der Künste. Die reden dann schon für sich selber.

Hermann Bahr.